

# Interview:

## "Eine der korruptesten Wahlen, die jemals stattgefunden haben"

Sie bezeichnen sich selbst als eine Gruppe "besorgter Bürger, die sich Gerechtigkeit, Frieden und demokratischer Entwicklung in Sri Lanka" verschrieben haben - das 'Monitoring Committee for Free and Fair Elections', das im Kandy-Distrikt eine unabhängige Beobachtung der Kommunalwahlen durchgeführt hat. Mit dem Ziel, die Rechte der Bürger auf eine freie und faire Wahl zu unterstützen, waren mehr als hundert Freiwillige bereits im Vorfeld des Wahltages im Einsatz. S. Balakrishnan, hat die Arbeit der Gruppe koordiniert. Michael Mertsch sprach mit ihm kurz nach der Wahl bei einem Treffen im Büro der Bewegung in Kandy.

Was waren Ihre Aktivitäten vor, während und nach den Wahlen und welche Absichten verfolgten Sie mit dem Komitee?

Das wichtigste Ziel dieser Wahlbeobachtung war es, das Recht der Bevölkerung auf eine freie und faire Durchführung der Wahl sicherzustellen. Die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen sichert im Artikel 21 jedem Bürger dieses Recht zu.

Das sind unabdingbare und unverzichtbare Vorbedingungen für eine demokratische Regierung, die leider mit der Beobachtung einher gehen, daß in diesem Land zunehmend korrupter Mißbrauch mit Wahlen betrieben wird.

Seit 1982 haben wir Wahlen verschiedenster Art beobachtet. Bei diesen Wahlen haben wir die Beobachtung noch wesentlich intensiviert, um die Bürgerrechte sicherzustellen. Beispielsweise gelang es uns, etwa 100 Freiwillige zu mobilisieren und einen Appell an die zur Wahl antretenden Parteien zu richten, das Bürgerrecht auf freie und faire Wahlen zu respektieren. Unsere Wahlbeobachtung begann am Tag der Nominierung der Kandidaten und setzt sich jetzt, nachdem die Wahl schon wieder einige Tage zurückliegt, weiter fort.

Die Ziele der Beobachtung lassen sich folgendermaßen beschreiben:

1) Beobachtung, inwieweit die Wahlgesetze von den politisch Agierenden mißachtet wurden.

2) Aufdecken des Mißbrauchs von staatlichen Ressourcen durch die regierende Partei. Es ist leider ein weitverbreitetes Phänomen, daß die Regierungspartei Kräfte und Ressourcen des Staates unberechtigt zu ihrem Vorteil einsetzt.

3) Kontrolle, inwieweit tatsächlich ein Klima der Unabhängigkeit vorhanden ist. Eine Atmosphäre der Einschüchterung und Bedrohung von Kandidaten aller Oppositionsparteien verhindert nämlich deren unbeeinflusste politische Kampagnen für den Wahlkampf.

4) Beobachtung der staatlich kontrollierten und privaten Medien und ihrer Position zur Wahl bzw. zu den kandidierenden Parteien. Auch die Medien müssen das Recht auf freie und faire Wahlen respektieren und einen freien Informationsaustausch ohne Zensur ermöglichen. Nur so ist es allen Parteien möglich, über ihr Wahlprogramm und ihre politischen Ziele zu informieren. Natürlich dürfen sie nicht einseitig eine bestimmte politische Gruppierung unterstützen.

5) Aufdeckung jeder Art von illegaler Aktivität der Parteien, seien es Bestechungen oder unerlaubte Beeinflussung der Wähler vor der Stimmabgabe.

6) Berichterstattung darüber, inwieweit die Polizei sich an Gesetze hält und für die Einhaltung der Wahlgesetze durch andere sorgt. Kontrolle der für die Abwicklung der Wahl verpflichteten Regierungsangestellten und ihrer unabhängigen Arbeit.

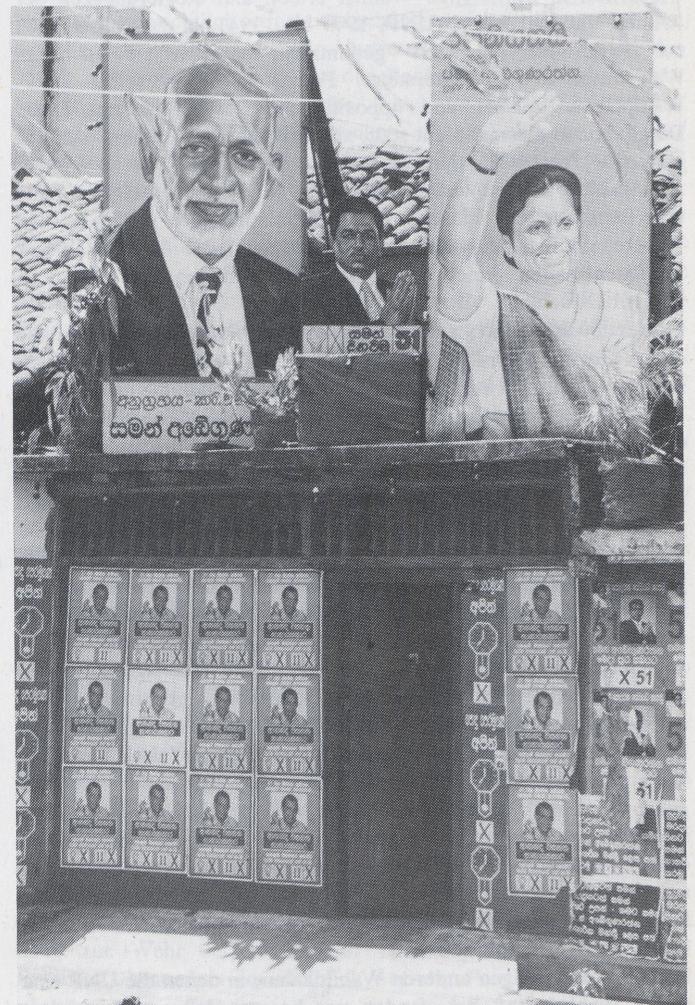
Am Wahltag selbst gab es für uns sehr viel Arbeit. Wir haben sehr viel Zeit mit der Inspektion einzelner Wahllokale verbracht und überprüft, ob die Vertreter der einzelnen Parteien, die sogenannten 'polling agents' überall vollständig anwesend waren, ob die Wahllokale rechtzeitig geöffnet wurden, ob sich die mit der

Wahldurchführung beauftragten Regierungsangestellten korrekt und unparteiisch verhielten, ob ausreichende Sicherheit für die Wähler gewährleistet war, ob es Beeinflussungen oder Bedrohungen durch eine der Parteien gegenüber Anhängern anderer Parteien gab, ob unzulässigerweise Stimmen für nicht anwesende Wähler abgegeben wurden, ob Manipulationen der Stimmkarten stattfanden oder das Wahlgesetz gebrochen wurde.

Im Umkreis von 800 Metern um ein Wahllokal ist das Anbringen von Wahlplakaten verboten - auch das haben wir überprüft.

Welche Beobachtungen haben Sie denn hinsichtlich all dieser Aspekte und Kriterien tatsächlich gemacht?

Wenn ich auf meine mehr als zwanzigjährigen Erfahrungen in der politischen Szene Sri Lankas zurückblicke, dann muß ich sagen,



"Die korruptesten Wahlen..." (Foto: Michael Mertsch)

daß diese Wahl eine der korruptesten Wahlen war, die jemals in diesem Land stattfanden. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf den von uns observierten Kandy-Distrikt. Fast alle von mir gerade genannten Punkte wurden in massiver Weise mißachtet.

Nehmen wir einmal die regierende Partei als Beispiel. Die 'Peoples Alliance' (PA) hat skrupellos alle Möglichkeiten genutzt, staatliche Einrichtungen und Ressourcen für den Wahlkampf zu mißbrauchen. Regierungsfahrzeuge wurden von den PA-Politikern bei Wahlveranstaltungen zu Propagandazwecken genutzt. Regierungsangestellte wurden von ihren Vorgesetzten und Ministern angewiesen, bei der Wahl mitzuwirken. Sie wurden dann in vielen Fällen zu Aktivitäten eingesetzt, die in klarem Widerspruch zu den Wahlgesetzen stehen. Während das Land mit Plakaten der regierenden Partei überflutet wurde, war es oppositionellen Parteien in einigen Regionen nicht erlaubt, Wahlkampfveranstaltungen durchzuführen.

Die Medien wurden während des Wahlkampfes und der Wahl vollständig von der regierenden Partei mißbraucht und kontrolliert. In zahlreichen Fällen wurden falsche Meldungen über oppositionelle Parteien verbreitet. Die Polizei schließlich zeigte sich im großen und ganzen als äußerst inaktiv und lethargisch in ihrer Pflicht, die Einhaltung der Gesetze zu gewährleisten.

#### **Wollen Sie damit sagen, daß die Polizei Ungesetzmäßigkeiten bewußt toleriert hat?**

Das Problem bezüglich des Verhaltens der Polizei hat eine geschichtliche Ursache. Wenn man zwanzig oder dreißig Jahre zurückblickt, dann war die Polizei in dieser Zeitspanne stets in hohem Maße politisiert. Das galt übrigens für fast alle staatlichen Einrichtungen. Die Pflichten von Polizei und anderen Staatskräften haben sich quasi darauf reduziert, sich nur noch um die Wahrung der Interessen der regierenden Partei zu kümmern. Wir haben das wiederholt in zahlreichen Wahlen erlebt. Zur Regierungszeit der 'United National Party' (UNP, 1977 bis 1994) hat die Polizei nicht nur Partei für die UNP genommen, sondern sie auch im Wahlkampf massiv unterstützt. Polizisten haben selbst UNP-Wahlplakate geklebt und oppositionelle Poster entfernt. Diese Dinge fanden diesmal nicht statt, aber sie haben fast überall tatenlos jedweder Übertretung der Wahlgesetze zugehört.

Am Wahltag fanden unter den Augen der Polizei unzählige Fälle von Bedrohungen, Fälschungen und unzulässigen Abgaben von Wahlzetteln nicht anwesender Wähler statt. Die Urheber dieser Straftaten hatten freies Geleit und sie verübten ihre Taten in völliger Offenheit.

In Udenuwara begab sich der amtierende Parlamentsabgeordnete dieser Gegend - ein PA-Mann - mit einer Waffe zum Wahllokal, schoß in die Luft, bedrohte und verjagte schließlich die anwesenden 'polling agents' der Oppositionsparteien. Anschließend mißbrauchte er Stimmkarten anderer Wähler zur Stimmabgabe für die PA.

Im Ort Gampola wurden schon morgens die Vertreter der UNP aus zahlreichen Wahllokalen vertrieben. Bei Handgemengen und gewalttätigen Auseinandersetzungen gab es hierbei fast 20 Verletzte. Auch hier wurden zahlreiche Stimmkarten mißbräuchlich genutzt. Die regierende Partei hat bezüglich der Kommunalwahl zahlreiche Anhänger auf die Anwendung von politischer Gewalt eingeschworen.

Auf Seiten der UNP war man über die Sicherheitslage zur Wahl sehr verängstigt. Ein Schutz für Parteiangehörige gegen Übergriffe der PA war kaum gewährleistet. Die Partei hat sich aufgrund dieser Lage dann allerdings zu einer sehr unüberlegten Taktik hinreißen lassen: In der Hoffnung, Gewalttätigkeiten aus dem Wege zu gehen, forderte die UNP ihre Wähler auf, möglichst früh am Tage ihre Stimmen abzugeben. Nachmittags, um 14 bis 15 Uhr gab es dann kaum noch UNP Wähler und auch die UNP-Vertreter zogen sich teilweise aus den Wahllokalen zurück. Damit hatte die PA freie Bahn, Stimmen zu verfälschen und nicht genutzte Stimmkarten für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

In Kandy und einigen anderen Wahllokalen, in denen die UNP eine starke Wählerschaft hat, fanden wir heraus, daß es Absprachen

zwischen den Kandidaten der UNP und PA gab, Stimmzettel bewußt zu verfälschen. Beide Seiten brachten ihre Unterstützer zu den Lokalen und verübten Wahlfälschung in großem Stil. Hier gab es dann natürlich keine gewalttätigen Ausschreitungen wegen der Absprachen. Trotzdem war letztlich diese Taktik ein Nachteil für die UNP, da die PA viel mehr Unterstützer auf die Straßen geschickt hatte.

#### **Was geschah denn nachdem die Wahllokale geschlossen worden waren?**

Nun, nach der Schließung der Wahllokale stand formal der Transport der Wahlurnen zu den Zählstellen an. Es war vorgesehen, daß auch bei diesem Transport Vertreter aller kandidierenden Parteien anwesend sein sollten, aber auch hier machte sich die Schwächung der UNP bemerkbar.

Glücklicherweise war jedoch die Anzahl von Zwischenfällen nach der Wahl sehr gering, zumindest im Vergleich zu den Vorfällen während des Wahlkampfes. Wir hatten mit einer großen Zahl von gewalttätigen Auseinandersetzungen gerechnet, wurden dann aber von der sehr ruhigen Atmosphäre überrascht.

Vielleicht haben gerade einige der unglaublich brutalen Vorfälle im Wahlkampf für eine Art Besinnung bei den Partei-Unterstützern gesorgt. Insbesondere die Ermordung von Nalanda Ellawala in Ratnapura scheint ein Wendepunkt in dieser Entwicklung gewesen zu sein (siehe Meldungen). Seither scheint sich die UNP eher von Gewalt zu distanzieren, was natürlich leider oft von der PA ausgenutzt wurde. Vielfach hat man auch bei der UNP auf die Unterstützung derer gehofft, die über den Wahlkampfstil der PA und ihrer Kandidaten erbost waren.

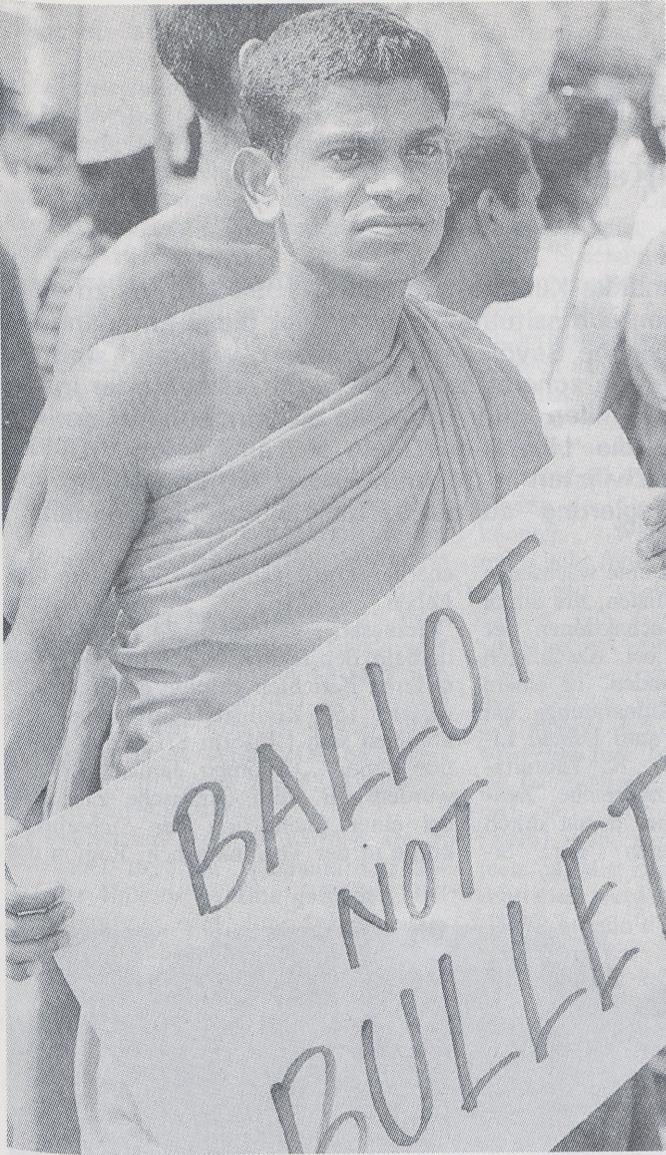
Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich feststellen, daß die 'Peoples Alliance' - und hier insbesondere die 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) als wichtigster Partei innerhalb des Bündnisses - die Wahlen in hohem Maße korumpiert hat. Andere Gruppen in der 'Alliance' wie die 'Lanka Sama Samaja Party' oder die kommunistische Partei haben sich weitgehend demokratisch verhalten, dafür aber die meisten ihrer Sitze verloren. Die SLFP hatte sich eine große Aufgabe gestellt. Nach unseren Beobachtungen hat die SLFP-Führung in allen Wahlkreisen ihren Parteifunktionären mitgeteilt, daß, wenn diese die Wahl verlieren, sie auch ihre entsprechende Funktion in der Partei nicht mehr ausüben dürfen.

Unglücklicherweise werden diese Vorgänge in der Bevölkerung dazu führen, daß die Menschen ihr bisher nur geringes Vertrauen in demokratische Strukturen und Mechanismen verlieren werden. Es könnte dazu kommen, daß sich die Menschen von demokratischen Spielregeln weg bewegen. Es könnte zum Beispiel durchaus dazu kommen, daß sie das Gesetz in ihre eigene Hand nehmen. Ich spreche hier von einem neuen zivilen Konflikt, der alle bisherigen Auseinandersetzungen in diesem Land bei weitem übertreffen könnte. Wir brauchen nur an ein Referendum im Jahr 1982 zu denken, in dem die Jugend des Landes ihr Vertrauen in das Parlament verlor und sich damit legitimiert sah, der 'Janatha Vimukti Peramuna' (JVP) zu folgen und Waffen gegen das demokratische System in die Hand zu nehmen. 1972 war es der ungerechte Weg bei der Einführung einer neuen Verfassung, der dazu führte, daß die tamilische Jugend ihren Respekt vor der Regierung verlor und einen Kampf gegen sie aufnahm.

Wenn sich derartige heute wiederholt, dann endet das Land in einer totalen Anarchie. Wenn das Vertrauen in die Demokratie so bewußt zerstört wird, wie wir es in diesem Wahlkampf erlebt haben, sehe ich große Gefahren.

Machen Sie sich bitte bewußt, daß Menschen in Sri Lanka im allgemeinen leicht zu Gewalt neigen. Es gibt hier keine lange demokratische Kultur. Wir verpflichten uns nicht, Probleme auf friedliche Weise zu lösen sondern mit Gewalt. Deshalb warne ich an dieser Stelle vor einem zukünftigen neuen Bürgerkrieg.

**Sie haben in Ihren Flugblättern und Plakaten die Bürger dazu aufgerufen, Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten bei der**



Protest eines buddhistischen Mönchs gegen Gewalt bei den Wahlen  
(Foto: 'Gulf News')

### Wahl zu melden. Wurde dieses Angebot von der Bevölkerung tatsächlich angenommen?

Ich muß vorausschicken, daß wir unsere Wahlbeobachtungsaktivitäten fast ohne finanzielle Mittel begonnen haben. Unsere einzige Resource war der feste Wille, alles für eine freie und faire Wahl zu tun. Wir konnten einfach nicht den ungläublichen Machtmißbrauch und den Wahlkampfstil der PA-Politiker weiterhin tolerieren. Wir hatten deshalb die Idee, die Menschen wirklich zu provozieren. Nur eine Woche vor der Wahl haben wir daher rund 30.000 Plakate gedruckt. Wir hatten sehr positive Reaktionen bereits während der Zeit, als wir unsere Plakate überall befestigten. Die Menschen waren sehr an unserer Arbeit interessiert, viele waren über die Plakate begeistert, wollten selbst unsere Plakate verteilen. Es war für viele eine völlig neue Erfahrung, daß sich eine Gruppe wie die unsere in dieser Form in die Wahl einmischte und gegen Korruption und Machtmißbrauch die Stimme erhebt. Für uns ist dies alles natürlich nicht ohne Risiko, aber ich glaube, es lohnt sich, dieses Risiko einzugehen. Viele Bürger sagten uns: Dieses ist keine echte Wahl und wir werden unsere Stimme deshalb nicht abgeben. Wir haben versucht, sie aufzumuntern, sie aufgefordert, zu wählen und dieses als Herausforderung zu sehen. Die Wähler sollten nicht zulassen, daß andere ihre Stimme für sie abgeben. Wir haben erstaunlicherweise einen hohen Anteil von Beschwerden

aus den Reihen der PA selbst erhalten. Viele der PA-Kandidaten fühlen sich durch den Wahlstil ihrer Partei selbst benachteiligt und treten gewöhnlich für wesentlich demokratischere Methoden ein. Viele von ihnen verfügten nur über bescheidene eigene Mittel zum Wahlkampf und fühlten sich durch einige finanzstarke Kandidaten mit starkem politischem Einfluß in der Partei an die Wand gedrückt. Oft wurden Plakate von "kleinen" Kandidaten rigoros mit Postern einflußreicherer Kandidaten überklebt. Hier zeigt sich deutlich, welche Spaltung sich aufgrund von Machtspielen und Korruption selbst innerhalb der PA ergeben hat.

Auch Beschwerden aus Reihen der UNP waren sehr zahlreich. Selbst ehemalige Minister, die während der Zeit der UNP-Regierung verantwortlich für politische Gewalt waren, baten uns um Hilfe und gaben Informationen über Zwischenfälle an uns weiter.

Wir versuchen, die erhaltenen Informationen zu überprüfen. Die meisten von ihnen sind durchaus bedeutend. Trotzdem trauen sich die Betroffenen nicht, zur Polizei zu gehen. Wenn eine Bedrohung oder Wahlfälschung stattfindet, stellt sich natürlich die Frage der Glaubwürdigkeit, solange der Vorfall nicht der Polizei gemeldet wird. Da die Menschen aber vielfach kein Vertrauen in die Polizei haben, und viele Anhänger der Opposition befürchten, daß die Polizei ohnehin mit der regierenden Partei zusammenarbeitet - sie daher zukünftig Repressalien zu befürchten haben - findet eine Anzeige dort nicht statt.

Bei einem Hinweis aus dem Wahlbezirk Wategama, dem wir nachgingen, zeigte sich, daß Stimmkarten tamilischer Bürger von Sinhalesen zur Abstimmung verwendet wurden. Nachdem einer unserer Beobachter eintraf, warteten 35 Sinhalesen vor dem Wahllokal, jeder von ihnen führte eine Stimmkarte eines tamilischen Wahlberechtigten bei sich. Es stellte sich heraus, daß bereits zwei Tage zuvor, tamilische Plantagenarbeiter in der Umgebung zur Herausgabe ihrer Stimmkarten gezwungen worden waren, offensichtlich von Angehörigen der PA. In dem betreffenden Wahllokal war ein Vertreter der 'Up-Country Peoples Front' anwesend, die sich für die Rechte der Plantagenarbeiter einsetzt. Nachdem wir ihn auf den offensichtlichen Stimmkartenmißbrauch angesprochen hatten, konnte er nur antworten, daß er genau über diese Vorgänge Bescheid wisse. Es gebe aber keine persönliche Sicherheit für ihn, und er müsse als Lehrer eine Verfolgung befürchten, wenn er Protest gegen den Stimmkartenmißbrauch erhebe. Deshalb schweige er.

### Man kann sich vorstellen, daß viele Kräfte in der politischen Szene über Ihre Arbeit nicht gerade glücklich sind. Hat man versucht, Sie bei Ihrer Arbeit zu behindern?

Es gab tatsächlich eine Reihe von Bedrohungen. Wir erhielten auf verschiedenen Wegen Drohbriefe und Telefonanrufe. Ich erinnere mich besonders an die vorletzte Nacht vor dem Wahltermin, in der wir zahlreiche Drohanrufe bekamen. Wir waren bereits in dieser Nacht im Büro, um Beschwerden und Anfragen von Wählern entgegenzunehmen. Wir waren aber bereit, dieses Risiko auf uns zu nehmen, um die Rechte der Wähler zu verteidigen.

### Was werden ihre nächsten Schritte im Hinblick auf die Kommunalwahl sein. Sie haben ja vor, einen Bericht zu veröffentlichen, aber gibt es noch weitere Überlegungen, um das Klima für zukünftige Wahlen zu verändern?

Wir sind immer noch dabei, die erhaltenen Informationen zu sichten und zu ordnen. Unser Bericht wird versuchen, möglichst analytisch aufzeigen, welche Arten der Wahlbeeinflussung tatsächlich stattfanden. Wir werden detailliert Informationen über alle Vorkommnisse zur Verfügung stellen können. Auch für den 'Election Commissioner' planen wir eine spezielle Zusammenfassung über die von uns gemachten Beobachtungen.

Die Bürger erhalten von uns außerdem auch eine Beratung, wie sie sich auf rechtlchem Wege gegen Wahlfälschungen, Bedrohungen, usw. zur Wehr setzen können. Dieses gibt uns eine große Publizität, besonders im Hinblick auf die Provinzratswahlen im nächsten Jahr.